

Nun hat sich der Herr Abg. Günther, wie er denn einmal mit dem Vorsatze in die Kammer gekommen ist, uns sozusagen die Kravatte zurechtzurücken, nach verschiedenen Richtungen hin noch Ausfälle gegen uns geleistet, namentlich war es der Herr Abg. Hähnel, den er bei dieser Gelegenheit apostrophierte, indem er behauptet, daß derselbe sich in einem eklatanten Widerspruche mit dem Führer der konservativen Partei, der ich gegenwärtig bin, befinde. Augenscheinlich sind diese seine Darlegungen noch unter dem Eindrucke gegeben worden, den eine frühere Rede des Herrn Abg. Hähnel, und zwar aus Anlaß des Königl. Dekrets über die Forterhebung der Steuern, bei ihm hervorgerufen hat. Es ist ihm damals das Mißgeschick passiert, daß er sich gegenüber jener Anregung des Herrn Abg. Hähnel als Mitberichter-statter in einer Lage befand, die man damit zu charakterisieren pflegt, daß man sagt: er hat sich benommen wie ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Da noch mehr, er hat sich hierbei sogar an meinen, also desjenigen Abgeordneten Rodschopf damals zu hängen beliebt, den er nachher mit so zahlreichen Angriffen beehrt hat. Aber ich möchte in dieser Beziehung den Herrn Abg. Günther beruhigen. Was ihm bei jener Debatte über die Forterhebung der Steuern passiert ist, das kann einem Manne wie ihm, der so jung in die Kammer eingetreten ist, sehr leicht passieren. Er hatte daher keinen Grund, sich darüber Skrupel zu machen, noch weniger aber, gegen mich und den Herrn Abg. Hähnel ausfällig zu werden und uns Widersprüche vorzuwerfen. Was diese Widersprüche anlangt, so liegen solche gar nicht vor. Ich wüßte nicht, auf welchem Gebiete ich je mit dem Herrn Abg. Hähnel mehr einverstanden gewesen wäre als bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage der sächsischen Finanzen. Herr Abg. Hähnel und ich, wir beide haben, was den 25prozentigen Steuerzuschlag anlangt, jederzeit auf dem Standpunkte gestanden anzunehmen, daß diese Maßnahme für die ganze Bevölkerung eine recht empfindliche ist. Wir haben von diesem Gesichtspunkte ausgehend angenommen, daß es unser eingehendes Bestreben sein muß, recht bald dieses 25prozentigen Zuschlages wieder ledig zu werden. Aber wir haben auch beide die Auffassung vertreten, daß das sächsische Volk vor der Annahme zu warnen sei, daß es uns gelingen werde, schon in den allernächsten Jahren diesen Zuschlag zu beseitigen. Diese Ansichten haben wir übereinstimmend vertreten, so übereinstimmend, daß ich keine Erklärung dafür finde, wenn der Herr Abg. Günther aufsteht und mir und dem Herrn Abg. Hähnel in diesem Punkte Differenzen unterstellt.

Dann hat der Herr Abg. Günther geglaubt, uns auf dieser Seite des Hauses den Wind aus den Segeln da-

durch fangen zu können, daß er auf die gegenwärtig nach seiner Ansicht unter Überbürdung leidenden Richter hingewiesen und für sie ein gutes Wort eingelegt hat. Ja, meine Herren, wenn der Herr Abg. Günther uns in bezug auf das Wohlwollen für den sächsischen Richterstand zuvorkommen wollte, müßte er doch viel früher aufstehen. Solange es eine konservative Partei in diesem Hause gegeben hat, ist sie niemals ihrer Pflicht ungedenk gewesen, soweit es nur immer die Verhältnisse gestatteten, für den Richterstand, für die Aufrechterhaltung seines Ansehens und seiner Würde einzutreten, und nicht nur das, sondern auch die finanzielle Lage der Richter so zu gestalten, daß die Aufrechterhaltung ihrer Würde dadurch garantiert wird. Ich darf mich ferner darauf beziehen — vielleicht ist das dem Herrn Abg. Günther gar nicht einmal bekannt —, daß wir in den letzten Landtagen auf denselben Punkt hingewiesen und dadurch erzielt haben, daß nicht weniger als hundert neue Richter haben eingestellt werden müssen. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß, wenn seine Obsorge noch weiter und bis zu den Referendaren herabstiege, er auch in dieser Beziehung unseren Verdiensten begegnen würde; denn wir sind es gewesen, die seinerzeit, als man ernstlich erwog, ob die Besoldungen der Referendare für die Zukunft aufrechterhalten werden sollten, entschieden die Ansicht vertreten haben, daß derjenige juristische Beamte, der dem Staate tatsächlich Dienste leistet, für diese Dienste auch seine entsprechende Besoldung erhalten soll. Der Herr Abg. Günther mag sich daraus überzeugen, daß derartige Versuche, auf uns mit gemünzt und mit der Absicht hier betätigt, unserer Partei den Vorwurf des mangelnden Wohlwollens gegen den Richterstand zuzuziehen, doch von vornherein recht unangebrachte und vergebliche sind. Aber ich möchte weiter gehen, ich möchte den Herrn Abg. Günther in diesem Punkte beim Worte nehmen, damit man sieht, wie weit es ihm mit dieser seiner Anregung Ernst ist. Wenn es ihm Ernst war mit der Anregung, daß die gegenwärtige Richterzahl nicht reicht, so wird er notwendigerweise, und zwar schon auf diesem Landtage die Folgerung daraus ziehen müssen, daß neue Richter angestellt und die betreffenden Etatpositionen erhöht werden. Ich nehme an, der Herr Abg. Günther wird diese Folgerung daran knüpfen. Aber dabei würde er offenbar nicht stehen bleiben können, denn mit dem Augenblicke, wo er diese Frage aufrollt, mußte er viel weitergehen. Da muß er z. B. sofort auf die Oberförstergehalte zukommen, und dann wird er erleben, daß eine ganz große Menge von Beamten noch kommt, die ihm den Nachweis führen, daß sie genau so viel wie die Richter Anspruch auf eine Besserstellung